

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditoren, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 16. August.

Schnell wie das Gespenst von Gebietsabtretungen Deutschlands an Frankreich heraufbeschworen wurde, suchen die officiösen Organe Frankreichs mit dem Schweif der übrigen Presse auf gegebenem Wink die öffentliche Meinung wieder abzuwiegeln. Es würden sich ihnen zufolge nach diesem Zwischenfall die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Preussens sogar noch fester knüpfen. Man hat jedoch das aufregende Gelärm der officiellen Alarmtrommeln wie das jetzt kommandirte Friedensgeschloß mit gleicher Vorsicht aufzunehmen, wenn auch vor der Hand zu keinerlei kriegerischen Befürchtungen Anlaß zu sein scheint. Zunächst läßt sich die preussische „Prov.-Corr.“ über diesen diplomatischen Zwischenfall aus wie folgt:

Die Stellung des Kaisers Napoleon zu den wichtigen Entwicklungen in Deutschland hat demselben seit der einmüthigen Anerkennung aller deutschen Patrioten zugewandt und die Achtung erhöht, welche seiner einstigen und gemäßigten Politik seit Jahren in immer steigendem Maße gezollt worden ist. Um so mehr mußte es überraschen, als französische Blätter und Korrespondenten vor etwa acht Tagen mit einer gewissen Zuversicht meldeten: die französische Regierung habe zur Ausgleichung des Machtzuwachses, welchen Preußen in Folge des letzten Krieges gewonnen habe, auch für Frankreich eine Gebietsvergrößerung und zwar auf Kosten Deutschlands in Antrag gebracht. Die Bestimmtheit, mit welcher die Nachricht auftrat, rief überall in Preußen und in ganz Deutschland eben so großes Befremden, wie lebhafteste Besorgnisse wegen einer neuen Störung des Friedens hervor. Diejenigen freilich, welche die Politik des Kaisers Napoleon mit Aufmerksamkeit verfolgt hatten, hielten sich von vorn herein für berechtigt, an der Begründung jener Besorgnisse zu zweifeln. Sie waren überzeugt, daß der Kaiser die Politik der Weisheit und Gerechtigkeit, welche ihm die Anerkennung der Regierungen und der Völker und eine Stellung voll Autorität in Europa eingetragen hat, nicht plötzlich aufgeben würde, daß er zumal von der Achtung vor berechtigten nationalen Wünschen und Bestrebungen, welche ihn in seiner Handlungsweise seither geleitet hat, Deutschland gegenüber nicht abweichen würde. Die Anerkennung, welche die Politik des Kaisers überall in so vollem Maße gefunden hat, ist eine Quelle der Genugthuung und der Veruhigung für Frankreich eben so sehr, wie eine Grundfrage mehr für die dauernde Befestigung des Kaiserthums inmitten der europäischen Fürstenthümer geworden. Die widerstrebensten Geister haben sich der Macht dieser Thatsache nicht entziehen können. Welches Interesse, welche Begehrlichkeit nach unbedeutendem Ländererwerb sollte der Kaiser bestimmen können, durch Abwendung von seiner bisherigen Politik die Gemüther, die er für sich gewonnen hat, sich zu entzweien? — Die Thatsachen stehen mit solchen Erwägungen im Einklange. In dem Meinungs-Austausch über die politische Neugestaltung Deutschlands hat sich stets und bis zur Stunde

gezeigt, daß es der Regierung des Kaisers Napoleon, so sehr sie über den berechtigten Interessen Frankreichs wacht, doch fern liegt, aus den gegenwärtigen Verhältnissen einen Anlaß zu Schritten zu entnehmen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen irgendwie stören könnten, daß der Kaiser vielmehr in voller Uebereinstimmung mit den bisherigen Grundsätzen seiner Politik entschlossen ist, Deutschland in der Entwicklung wahrhaft nationaler Einrichtungen ungehindert gewähren zu lassen. Wenn entgegenge setzte Auffassungen auf Grund mißverständlicher Andeutungen über die Absichten des Kaisers Verbreitung gefunden haben, so scheint dies vorzugsweise von dem Einflusse der Parteien in Frankreich her zu rühren, welche in Opposition gegen die kaiserliche Regierung die französische Politik in bedenkliche Bahnen zu drängen suchen.

Gleicherweise geht der vorgestrichene „Abendmoniteur“ in seinen friedlichen Versicherungen noch weiter als die mehrfach angezogene Note des „Constitutionell.“ Die officiöse französische Presse bemüht sich, die Meinung hervorzuheben, daß Frankreich der Gedanke eines Bruches fern liege. Doch muß man daran festhalten, daß die Verhandlungen wegen Gebietscompensationen mit Frankreich nicht geschlossen sind. Die französische Regierung hat bis jetzt noch nicht auf jedes eigene Interesse für ihre Vermittlerrolle verzichtet und behält sich ihr eigenes Programm vor, bis sie von Preußen die gewünschten Aufklärungen erhalten. In demselben Sinne faßt auch der gewöhnlich gut unterrichtete „Correspondent der „Köln. Ztg.“ die Sachlage auf. Hoffentlich, sagt er, wird sich auch in dem weiteren Verlauf der Verhandlungen eine wirklich friedliche Absicht der französischen Regierung kund geben. Er will die Angabe auf sich ruhen lassen, daß Frankreich zu einem bedrohlichen Vorgehen, namentlich mit seinem Pferdebestande, im Rückstande sei und was der pessimistischen Auffassungen mehr seien.

Die Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich, schreibt die „Prov.-Corr.“, dürften bald zu einem erwünschten Abschluß führen; sie haben nur durch unumgängliche Auseinandersetzungen eine kurze Verzögerung erfahren. Nicht geringe Schwierigkeiten bietet namentlich die Auseinandersetzung über den Antheil am Bundes-eigenthum dar. Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten werden in Berlin von dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck selbst geleitet. Mit Württemberg ist bereits ein Friedensvertrag zu Stande gekommen, ein Gleiches dürfte Baden gegenüber bald erfolgen. Mit Darmstadt schweben die Verhandlungen noch. Mit Bayern haben die Verhandlungen eine Unterbrechung erfahren, während der Waffenstillstand mit Bayern am 22. August abläuft. Als Grund der Unterbrechung wird bald das Verlangen Preussens wegen gewisser Gebietsabtretungen zur Entschädigung Hesses Darmstadt angegeben, bald die Höhe der Kriegskosten, welche in unverbürgter Weise auf 20 Millionen Gulden veranschlagt worden. Man vermuthet, daß particularistische Einflüsse, die auf

einen Conflict mit dem Auslande speculiren, auf Bayern einwirken. Wie die „Krenz-Ztg.“ erfährt, hat sich Württemberg verpflichtet, an Preußen 8 Millionen Gulden zu zahlen, wogegen dem Großherzogthum Hessen-Darmstadt eine Contribution von 7 Millionen auferlegt sei. — Wie bestimmt verlautet, ist die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in Preußen entschieden und sollen die betreffenden Vorlagen sogar schon in nächster Zeit den preussischen Kammern — die „Rhein.-Ztg.“ will wissen, schon in nächster Sitzung — unterbreitet werden. Die Verhältnisse Oberhessens können nur durch den Friedensschluß mit Darmstadt geregelt werden, welcher wieder mit dem Friedensschluß mit Bayern insofern zusammenhängt, als das letztere zu einer Gebietsentschädigung an Darmstadt veranlaßt werden soll. Die „Prov.-Corr.“ äußert sich folgendergestalt über die bevorstehende Einverleibung der von Preußen besetzten norddeutschen Staaten:

Die norddeutschen Staaten, welche auf Grund des rechtskräftigen Beschlusses des früheren Bundestages vom 14. Juni die Waffen gegen Preußen ergriffen haben, sind in Folge der Siege unserer Heere durchweg in Preussens Hand. Unsere Regierung ist nach dem Völkerrecht befugt, die betreffenden Länder dauernd in Besitz zu nehmen, und bei den seitherigen Friedensverhandlungen ist dafür gesorgt worden, daß ihrer völlig freien Verfügung darüber, außer in Betreff Sachsens, keine Bedenken entgegenstehen. Bei der weiteren Entscheidung über die in Rede stehenden Länder kann nur das gemeinsame Interesse Preussens und Deutschlands maßgebend sein, vor welchem alle sonstigen Rücksichten unbedingt zurücktreten müssen. Vor Allem muß dabei in Betracht kommen, daß jene Länder, wenn sie in ihrer vollen Ausdehnung oder auch in geringerem Umfange eine selbstständige Regierung beibehalten, vermöge ihrer Lage mitten inne zwischen den bisher getrennten Theilen Preussens bei einer feindlichen oder irgend unsicheren Stellung den Aufgaben unserer Politik die erheblichsten Hindernisse bereiten und einen Heerd gefährlicher Wühlereien gegen Preußen bilden könnten. Die preussische Regierung wird daher von dem Recht, welches sie durch die Entscheidung der Waffen errungen hat, vollen Gebrauch machen und mit den erforderlichen Maßregeln zur Vereinigung der betreffenden Länder mit Preußen unverweilt vorgehen. Sie darf vertrauen, durch Festigkeit und zugleich durch schonende Behandlung berechtigter Eigenthümlichkeiten und Empfindungen die Bevölkerungen der neu erworbenen Länder allmählig eben so fest und innig mit dem Scepter der Hohenzollern und mit dem preussischen Staate zu verknüpfen, wie alle die Landes-theile, welche im Laufe einer wunderbaren Geschichte im Osten und Westen zu dem ursprünglich kleinen Kern der brandenburgischen Lande hinzugezogen sind. — Bereits sind Schritte geschehen, um die Verwüstung der in Besitz genommenen Staaten weiter zu regeln. Der General v. Voigts-Rhege, einer unserer angesehensten Generale (bisher Chef des Generalstabes der zweiten Armee), ist zum General-Gouverneur von Hannover ernannt, — der frühere Finanzminister, Freiherr v. Patow, mit der oberen Leitung der gesammten Verwaltung der neuerdings von der Rhein-Armee okkupirten Staaten (Frankfurt a. M., Nassau, Oberhessen und Franken) beauftragt worden. Die Verwaltungsverhältnisse

namentlich die Stellung und Verpflichtung der seitherigen Beamten, gegenüber der preussischen Regierung, werden jetzt in allen jenen Pünkten unverzüglich eine festere und zuverlässigere Gestaltung erhalten.

Bei Schluß der Redaction ging noch nachfolgende Depesche ein:

Die „Bayerische Zeitung“ ist gegenüber den Aeußerungen verschiedener Blätter in den Stand gesetzt zu versichern, daß die Friedensverhandlungen zwischen Bayern und Preußen ununterbrochen Fortgang haben.

In Mainz geben sich im Schooße der Bürgerschaft Agitationen kund, welche sich gegen die Theilung Deutschlands richten und eine gemeinsame Centralgewalt mit deutschem Parlamente verlangen. Die „Köln. Ztg.“ fühlt sich darüber verschlüsselt, weil nicht absolute Annexion verlangt worden.

„Jenen Standpunkt“, sagt sie, „zähle Preußen schon längst zu den überwindenen, auf welchen es kein Gewicht legen werde.“ — Conservative Bürger Wiesbadens haben der Herzogin von Nassau eine Adresse zur Zustellung an ihren Gemahl überreicht, in welcher sie um Frieden mit Preußen und Rückkehr des Herzogs bitten. Stolz wie eine Spanerin verweigerte die Herzogin jedoch die Annahme, weil der Herzog am besten wisse, was er zu thun habe, auch verhalte es sich mit den Siegen Preußens nicht so, wie es die Zeitungen schreiben; ein Umschwung stehe nahe bevor.

In Wien ist der Finanzminister Graf Larisch von seinem dornenvollen Posten zurückgetreten und an seiner Stelle hat vor der Hand Hr. v. Hod die Geschäfte des Finanzministeriums übernommen. Die unmittelbare Ursache, welche den Grafen Larisch zum Rücktritte bewogen hat, ist die Finanzlage des Reichs. Der Graf wollte zu den weiteren finanziellen Maßregeln und namentlich zu einer Zinsenreduction der Staatsschulden nicht die Hand bieten, welche einem halben Staatsbankerott gleichkommen würde. — Der „A. A. Ztg.“ wird aus Wien über die Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich, Preußen und Italien geschrieben:

„Gute glaube ich Ihnen mit aller Bestimmtheit mittheilen zu können, daß wir, während die Zeitungen fast ausschließlich von Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich, Preußen und Italien sprechen, neuen kriegerischen Entwicklungen näher stehen, als man allgemein annimmt. Wahr ist, daß Preußen die Berechtigung Frankreichs Compensationen zu verlangen, vorläufig nicht anerkennt, und wahr ist es auch, daß der preussisch-italienische Vertrag sich nur auf Venetien bezieht. Allein der Vertrag hat eine geheime Klausel, welche mit der französisch-preussischen Compensationsfrage in indirectem Zusammenhang steht. Preußen gesteht nämlich Italien eine der preussischen Gebietsvergrößerung entsprechende Ausdehnung zu. Der Arrondirung Preußens im Norden entspricht jene Station durch Benedig. Für den Fall aber, daß Preußen zu weiteren Erweiterungen schreiten sollte, sind auch für Italien solche in Aussicht gestellt. Nun hängt sich Preußen in seiner Zurückweisung der französischen Compensationsforderung darauf, daß die Gebietsveränderungen in Deutschland eine innere deutsche Frage, Deutschland und Oesterreich sogar verkleinert worden sei, Frankreich sich also keiner Gebietsvergrößerung Deutschlands gegenüber sehe, mithin auch seinerseits keine verlangen dürfe. Die Anerkennung französischer Compensationsforderungen wird mithin ziemlich unbestimmt davon abhängig gemacht, daß Frankreich weitere preussische Eroberungen in Oesterreich zulasse. Geht es doch, dann erhalte gemäß der oben erwähnten geheimen Klausel auch die italienisch-preussische Allianz neue Objecte.“

In Paris stimmen nach dem Beispiele des „Moniteur“ auch die halbamtlichen Blätter plötzlich einen ganz anderen Ton an. Das „Pays“ geht sogar so weit, zu behaupten, der Kaiser habe niemals durch persönliche Ansprüche den moralischen Sieg verringern wollen, den seine Ideen und seine Grundsätze im Triumphe Preußens gefeiert haben. Wenn dieses aber, „durch sein Billigkeitsgefühl veranlaßt“, dem Kaiser „eine Entschädigung oder sonst Bürgschaft anzubieten genügt wäre, so würde dieser ihm Dank wissen.“ Die bekannten Gerüchte dementirt das „Pays“ unbedingt. Hiermit wäre also der Charakter des weiteren Ganges der französisch-preussischen Unterhandlungen gekennzeichnet. — Außerdem wird der „Rhein. Ztg.“ aus Paris geschrieben:

Nach Allem, was uns zuverlässigen Quellen verlautet, will Napoleon in der That in erster Linie den Frieden, sowohl in Italien wie in Deutschland, und wenn er die Compensationsforderungen fallen läßt, so wird er seine Friedensliebe thatsächlich glänzend documentirt haben.

Was die Form betrifft, in welche Frankreich seine Wünsche eingekleidet hat, so dient als Anknüpfungspunkt die von Preußen beabsichtigte über das ursprüngliche Programm hinausgehende Annexion in Norddeutschland. Frankreich findet, daß durch dieses Verfahren die neue Organisation Deutschlands zu sehr ihren deutschen Charakter verlöre und lediglich als Vergrößerung Preußens erscheine; d. h. Frankreich hat sich ohne vorherige Verabredung mit Rußland in dem Wunsche für die Erhaltung der Dynastien begegnet und das gewiß nicht im Interesse der deutschen Nationen. In Voransicht einer so umfassenben Machtvergrößerung Preußens wurde also die Frage der Garantien für Frankreich angeregt und ganz hypothetisch die Grenze von 1814 als Basis einer Verständigung vorgeschlagen; eine formelle Forderung also nicht aufgestellt.

Ueber die Wünsche der Kaiserin von Mexiko verlautet folgendes Nähere. Sie betreffen verschiedene Punkte. Der erste davon ist: eine Verschiebung des Abmarsches des ersten französischen Truppenheeres vom November auf April nächsten Jahres zu erlangen, bis die zur Zeit in Bildung begriffene einheimische Armee erheblichere Fortschritte gemacht haben werde. Als zweiter Punkt wird die sofortige Abberufung des Marschalls Bazaine, über welchen Kaiser Maximilian durch das Organ seiner Gemahlin bittere und, wie sich sofort ergeben wird, sehr begründete Beschwerden führen läßt, erbeten. Der dritte zu erörternde Punkt betrifft die eigentliche Abillesserie des jungen Staats, die Finanzen. Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte derselbe im Januar 1867 an den französischen Staatschatz die Summe von 30 Millionen Franken auf die empfangenen Vorschüsse zurückbezahlen — eine Leistung die, wie jetzt schon klar am Tage liegt, eine materielle Unmöglichkeit ist. Die Kaiserin verlangt hierfür eine Verlängerung der Zahlungsfrist um zwei Jahre. Sobald die Kaiserin jedoch auf die Geldfrage zu sprechen kommt, hört alle Gemüthlichkeit auf und man vermutet, daß sie unverrichteter Sache nach Hause gehen oder vielleicht auch in Europa bleiben wird. — Bemerkenswert ist es, daß die hohe Dame, als sie bei ihrer Ankunft in Europa zuerst von dem Reichsgesandten Oesterreichs hörte, sich nichts weniger als betrübt über diese Nachricht geäußert hat.

Eine Correspondenz der „Independance“ berichtet über den Verlauf des diplomatischen französisch-preussischen Zwischenalles folgendes:

Die Anregung, welche die in Berlin angeknüpften Unterhandlungen hervorgerufen haben, scheint sich begehigen zu wollen, wenigstens, was die Regionen der offiziellen Welt und der Diplomatie betrifft. Herr Benedetti, welchen diese Verhandlungen zurückrufen, trotz seines Wunsches, einige Zeit in Paris zuzubringen und der noch heute Abend wieder auf seinen Posten abgeht, bringt Worte des Friedens und der Freundschaft mit. Dieser Diplomat, welcher während seines Aufenthalts in Frankreich fortwährend mit dem Kaiser Napoleon conferirte, hat sich hinsichtlich in den Gedanken und die Wünsche des Staatsoberhauptes einwiegen können. Es steht fest, daß Frankreich durchaus entschlossen ist, sich nicht mit Preußen zu überwerfen; der Kaiser hat dies sehr offen erklärt und das Verhalten des Herrn Benedetti vollständig gebilligt, der in Berlin seit der Theilnahme betont hat, welche der Kaiser für das Werk der Wiedergeburt Deutschlands und ganz besonders für Preußen empfindet. Die Bepfropfungen, welche in Folge so bedeutender Veränderungen jenseits des Rheins angeknüpft worden sind, haben keinen Augenblick den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter überschritten, den sie bis jetzt beibehalten. Man konnte die durchgreifenden Änderungen des preussischen Programms in Betreff der Annexionen im Norden nicht unbemerkt lassen, aber die Compensationsfrage ist erst in zweiter Linie erhoben worden. Die Bemerkungen Benedetti's hatten sich in erster Linie nur auf die der norddeutschen Staaten im Einklang mit den Interessen Europas zu gebende Organisation bezogen. Es scheint mit andern Worten, daß, ohne sich gegenseitig verständigt zu haben, Frankreich sich bis zu einem gewissen Punkte mit Rußland in den Bemerkungen begegnete, welche Herr Benedetti gegen die zukünftigen Pläne des Berliner Cabinets mittheilen hatte. Diese Pläne hätten den Fehler, nicht deutsch genug zu sein, indem sie die deutschen Verhältnisse im Großen und Ganzen in der Schwelle ließen und andererseits zu sehr den Charakter schwebiger Vergrößerungen zu tragen. Aus dem Gesichtspunkte guter Beziehungen zwischen den beiden Staaten und dem ferneren Gesichtspunkte militärischer Sicherheit wäre man dann auf die etwa Frankreich zu gewährenden materiellen Garantien zu sprechen gekommen. Wenn ein Programm formulirt worden ist, so geschah dies nur zur Information, als Basis gleich-

sam, um die Idee Preußens auf das, was etwa gethan werden konnte, zu richten; aber man versteht, daß bis heute keine formelle Forderung weder in dem einen, noch dem andern Sinne gestellt worden ist, d. h. daß Frankreich sich nicht über die Arrangements erklärt hat, die ihm in Deutschland zugesagt würden, und daß es keine bestimmten Ansprüche in Betreff der etwa zu erlangenden Gebietsheile aufgestellt hat. Insofern wurde allerdings von französischer Seite zu verstehen gegeben, daß die Grenzen von 1814 eine billige Compensation und die Basis für ein den engagierten Interessen entsprechendes Arrangement sein würden.

Es muß nun weiter bemerkt werden, daß die den Eröffnungen Benedetti's von Seiten des Herrn v. Bismarck gewordene Annahme eine derartige gewesen ist, daß man augenblicklich die Kunst ermeffen konnte, welche die Ansichten der beiden Regierungen trennt. Herr v. Bismarck erklärte, daß es für jede deutsche Regierung, welche es auch sei, unmöglich wäre, Abteilungen des deutschen Gebietes zu machen; die Frage nach dem Umfang dieses Gebietes sei eine vollständig sekundäre. Er erkaunte wohl an, daß es Gründe geben möge, welche die französische Regierung zum Handeln bestimmen und zu einer Veränderung der bisher von ihr befolgten Politik bewegen könnten; aber Preußen befände sich von einer noch viel gebieterrischeren Nothwendigkeit bedrängt, da ihm jede Verletzung der Gesetze der nationalen Begeisterung unberechenbare Folgen eintragen müßte. Die preussische Regierung, die ihr Werk, trotz und gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Regierungen vollführt habe, müsse nothwendig das Vertrauen der Völker gewinnen und verdienen; jede Abtrünnung von der nationalen Richtung aber würde ihr so viel Unheil wie eine Niederlage bringen.

Ich weiß nicht, welchen Eindruck diese oder ähnliche Erwägungen auf den Geist des Kaisers gemacht haben, aber ich kann versichern, daß der Wunsch, das Werk Preußens bei der Rekonstitution Deutschlands nicht unmöglich oder doch allzu schwierig zu machen, vom Kaiser klar ausgesprochen worden ist. Man sagt mir, daß der Kaiser schmerzlich von dem Vorn bedrückt worden sei, welcher sich in den französischen Blättern gelegentlich der letzten so delikaten Unterhandlungen erhoben hat, und daß auf sein persönliches Verlangen die Note des „Constitutionnel“ heute Morgen erschienen ist. Der zu große Eifer, welchen man bewiesen hat, um eine Differenz ins Licht zu setzen, welche mit der größten Vorsicht behandelt zu werden verlangt, ist ihm sehr unzeitig erschienen, und ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, daß der „Constitutionnel“ fortan für die officiellen Blätter, bis zu einer neuen Parole, wenigstens den Ton angeben wird.

Ich freue mich, anständigen zu können, daß die durch jene Artikel und die so künstlich ins Leben gerufene Agitation erregten Besorgungen sich nicht verwirklichen und daß die Bepfropfungen zwischen Frankreich und Preußen keineswegs jene Verwicklungen herbeiführen werden, welche gewissen Oeifern in Frankreich so sehr begehagen würden. Der Kaiser glaubt, daß freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland, auf Vertrauen und gegenseitiger Achtung beruhend, beiden Ländern und der zukünftigen Politik Europas nützlich sein werden als Gebietsveränderungen, die verhältnismäßig zu unbedeutend sind, um gegen die Möglichkeit eines Krieges zwischen zwei Ländern in die Waagschale gelegt werden zu können, welche berufen sein dürften, für die Konsolidirung der wahrhaften Interessen des Fortschritts zusammenzuwirken.

Nach dem zwischen Italien und Oesterreich abgeschlossenen Waffenstillstande ist folgende Grenzlinie für beide während der Zeit des Waffenstillstandes festgestellt: Im Triental wird sie vom Meer zum Flusse Torre und dem Laufe des Torre folgend bis Taranto zwischen Gemona und Diogo gehen zu den Füßen der Hügel bis nach dem Tagliamento, längs des Tagliamento bis nach Tolmezzo, dem Bergtrüben von Timnea, Avenis, Crostis und Cagliano, folgend. Der Fluß Alpone bildet dann bis Tyrol die Grenze. Gleichzeitig ist stipulirt worden, daß die Eisenbahn in der Zone von Molgbitra benutzt werden dürfe, so wie die Freiheit der Schifffahrt der Kanäle und Flüsse, die auf italienisches Gebiet ausmünden. Den in Oesterreich internirten Venetianern steht es frei, in ihre Heimath wieder zurückzukehren. Es geht gleichzeitig aus diesen Nachrichten hervor, daß die Stadt Udine von italienischen Truppen besetzt bleibt.

Nachdem in England trotz der allsonntäglichen Gebete um Aufhörung der Kinderpest noch die Cholera hinzugetreten, sollen die Sonntagsgebete jetzt beide Plagen umfassen.

In Amerika hat sich der Congreß der Vereinigten Staaten trotz starken Widerspruchs von Seiten mehrerer Radikalen auf unbestimmte Zeit